



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

283 (30.6.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-192065](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-192065)

Mannheimer General-Anzeiger

Wannheimer General-Anzeiger, 1920. Nr. 283. Preis 1.00 M. für den Abnehmer. ...

Badische Neueste Nachrichten

Mitteilungen aus Baden, 1920. Nr. 283. Preis 1.00 M. für den Abnehmer. ...

Die Konferenz in Spa.

Protestruf eines Amerikaners.

Sieben lernen wir in deutscher Uebersetzung den Protestruf eines Amerikaners gegen Versailles, seine Urheber und seine Folgen kennen. Der Verlag Rowohlt bringt George D. Herrons Broschüre „Der Pariser Frieden und die Jugend Europas“ heraus — ein Buch, auf das gerade vor der Konferenz in Spa in Deutschland nicht laut genug hingewiesen werden kann als auf ein Rüstzeug, das einer unserer früheren Gegner für uns schiedete.

Der Amerikaner George D. Herron sah vor dem Kriege und während des Krieges in der Schweiz und hat dort starke Fäden gegen uns gesponnen. Er rühmt sich selbst, an den Eintritt Italiens und Amerikas in den Krieg mitgewirkt zu haben, weil er geglaubt habe, die Welt vor der Hegemonie des deutschen militäristisch-mercantilen Geistes retten zu müssen.

„Ich drängte Italien zum Kriege, weil Deutschland ohne die italienische Intervention seine Vorherrschaft über den europäischen Kontinent ohne Zweifel errungen und durchgesetzt haben würde, ich glaube fest daran, daß Amerikas Teilnahme an dem Kriege dessen ganze innere Beweggründe verändern und ihn schließlich zu abschließen würde, daß er der letzte der großen Menschheitskriege sein würde.“

Und nun ergreift dieser Mann, von Reue zerrissen, die Flucht in die Desfinitivität Europas.

In der Erkenntnis, daß das Schandwort von Versailles alle Grundlagen des Weltfriedens der Zukunft zerschlagen hat, sagt Herron:

„Ich richte meine fragenden Blicke in die Zukunft, richte sie mit bitterem Zweifel auf mein eigenes, vielleicht nicht ganz schuldloses Herz. Ich habe alles, was in meinen Kräften stand, getan, um Amerika zum Anteil an diesem Krieg zu bewegen. Dann sagt Herron, daß er sich noch einer anderen Schuld bezichtigeln müsse: er sei der Mann gewesen, von dem Deutschlands Glaube an die 14 Punkte herrührt. Er empfing in der Schweiz die deutschen Botschaften und überzeugte sie von der sicheren Einhaltung der 14 Punkte. „Seine Überzeugungen wiederum andere ihrer Landsleute. Der bestimmte Glaube, daß diese Botschaft Wilsons die Grundlage des kommenden Friedens bilden würde, und das Vertrauen, das ihm als einem persönlichen und geradezu von der Vorsehung bestellten Bürgen entgegengebracht ward, wurden schließlich so stark und allgemein, daß sie das ganze deutsche Volk durchdrangen und endgültig zum Frieden führten.“ Hören wir Herron weiter:

„Wenn die Wahrheit einmal gesagt werden soll: es war Wilsons gegebenes Wort, das das Deutsche Reich in ein big ausgehöhlt und so jenen Sieg vorbereitete, den der Marschall Foch schließlich mit dem Schwerte errang. Am Tage, an dem der Waffenstillstand geschlossen wurde, stand Wilsons Stern hoch am Himmel der deutschen Gunst — so hoch, daß während zweier Wochen der Präsident auf die Bereitwilligkeit der meisten seiner Gegner hätte rechnen und sie zu allem hätte überreden können, was er für gut gehalten hätte. Wenn Wilson persönlich unter den Deutschen erschienen wäre, so hätten ihn zum mindesten neun Zehntel dieses Volkes mit Freuden begrüßt und ihn vielleicht darum gebeten, ihm mit Rat und Tat zur Seite stehen zu wollen. Damals stand es in der Macht der Alliierten — und nicht nur Amerikas —, ihren militärischen Sieg mit einem gewaltigen moralischen Erfolg zu krönen und das Deutsche Reich feierlichst in den Bund der freien Demokratien aufzunehmen. Wir haben uns dieser großen Tat enthalten, und diese Verhöhnung ist eine und nicht die unbedeutendste der gewaltigen Tragödien dieses Weltkrieges gewesen.“

Seitenlang möchte man die bitteren Wahrheiten Herrons weiter zitieren — wie er ausführt, daß Wilson als neuer Christus geradezu zum Weltretter hätte werden können, wie er statt dessen in Versailles aufs tiefste sank, wodurch die Nationen, die Deutschland betrogen haben, noch tiefer in die Hölle gesunken, aus der heraus Deutschland sie betrog — so gründlich und mit Stumpf und Stiel ist alles ausgerottet, was in dieser Welt noch an Anstand und Gewissen des öffentlichen Lebens und Treibens übrig geblieben war.“ Das sagt ein Ententegenosse, der ihr Weltretter-Votabular geglaubt hat, im Vertrauen darauf neue Menschenmengen zu den Waffen geführt hat und nun schauernd vor dem Endergebnis steht. Aber werden seine Klagen und Anklagen in England oder Frankreich gehört werden oder die harten Herzen erschüttern und die Staatsmänner aus ihrer Verblendung reißen?

Die Bilanz des ersten Friedensjahres in neutraler Beleuchtung.

Vor einem Jahre unterzeichneten gezwungenermaßen die deutschen Vertreter den Friedensvertrag von Versailles. Die Hoffnungen, die sich daran knüpften, haben sich weder für Sieger, noch für Besiegte erfüllt, und wie sich die Dinge im Urteile der Neutralen darstellen, geht aus folgenden, unter der Ueberschrift: „Hunger und Elend“ veröffentlichten Auslassungen des „Morgenblattes“ von Christiania hervor, als deren Verfasser sich eine beim Hilfswerk in Mitteleuropa tätige Persönlichkeit bekennt.

Wenn man auf die Entwicklung der Lage in Mitteleuropa während des letzten Jahres blickt, so fast einen tiefen Entsetzen. Wir sind zwar seit einem Jahre der Greuel des Krieges ledig, aber überall in Zentral-Europa ist heute Mangel und Elend größer als im Kriege. Allenthalben wächst die Sterblichkeitsziffer, besonders unter den Kindern und die Mehrzahl der am Leben bleibenden Säuglinge ist für alle Zeit geschwächt. Wir sehen das Bild eines Volkes, das nicht durch den Krieg, sondern durch den Frieden dem Tode geweiht ist. Während wir Norweger und andere kleine Neutrale unser Möglichstes tun, um die Not zu lindern, rauben die großen Sieger das erschöpfte, sterbende Volk weiter aus.

Diesem Volke, dessen Kinder aus Mangel an Milch einpflanzen, rufen die Sieger zu: „Gib Deine Milchkuhe her!“ Dies Volk, dessen Stadtbevölkerung vor Frost zittert, schreiben die Sieger an: „Her mit Deiner Kohle!“ Diesen Leuten, die Nahrungsmittel einführen müssen, schalt es von Seiten der Sieger entgegen: „Rückt Eure Schiffe, Verkehrsmittel und Lokomotiven heraus!“ Diesem Volke, dessen beste Kräfte befreit sind, die durch den Krieg und die Erschütterungen nach dem Kriege gekochte Brot wieder zu haben, schicken die Sie-

ger milde afrikanische Reger ins Land, die ihre Frauen schänden und ekelhafte Krankheiten verbreiten.

Wenn man mit ansieht, wie die Entente systematisch auf die Vernichtung dieses Volkes hinarbeitet, kann man leicht verzweifeln und fragen: „Was kann unsere schwache Kraft dagegen ausrichten?“ Ich wiederhole dagegen, es ist unsere heilige Pflicht und Schuldigkeit, alle uns mögliche Hilfe zu leisten. Können wir aber gar nichts tun, um die Sieger davon abzuhalten, das alles, was wir mit unseren schwachen Kräften aufbauen, systematisch wieder niederzureißen? Kann man nicht irgendwie bemerksamen, unter der Bevölkerung der Siegerstaaten Aufklärung darüber zu verbreiten, welche Folgen diese Politik für die ganze Welt haben muß, und daß sie nur zur Vertiefung des Hasses zwischen den früheren Kriegführenden beitragen und auch den Unmut der Neutralen gegen die Urheber dieser Politik herbeiführen muß?

Wie wir erfahren, ist aufgrund solcher Gedanken die Schaffung einer internationalen Organisation in die Wege geleitet worden, die sich nachdrücklich mit Kundgebungen und aufläuternden Schriften gegen die destruktive Clemenceau-Politik der Entente richten will. Eine solche Zusammenschau aller ethisch orientierten Völker in Europa, soweit sie positiv gerichtet sind, erscheint notwendig, weil ähnliche bereits bestehende Organisationen durchweg auf sozialistischem Boden stehen und die Frage vom einseitigen Standpunkte des Klassenkampfes ansehen.

Englands vorläufiger Botschafter in Berlin.

London, 30. Juni. (WB.) Reuter. Lord D'Albarn wird unverzüglich abreisen, um seinen Posten als britischer Botschafter in Berlin anzutreten. Seine Ernennung ist nur eine vorläufige und hat ihren Grund in den wirtschaftlichen Problemen, die in den internationalen Beziehungen zu Deutschland vorherrschen.

Belgiens Entschädigungsforderung.

Rotterdam, 30. Juni. (WB.) Der Brüsseler Korrespondent des Neuwes Rotterd. Courant erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß Belgien eine Mindestentschädigung von zehn Milliarden Fres. fordern werde.

Unter der Fremdherrschaft.

Ein politischer Gewaltakt in Graudenz.

□ Berlin, 30. Juni. (Von unserm Berliner Büro.) Wie wir aus Graudenz erfahren, entspricht die seinerzeit gegebene Nachricht von der Erschießung von 17 Deutschen durch die Polen, trotz des Dementis des polnischen Oberkommandos den Tatsachen. Am 2. Mai war in Graudenz eine Bekanntmachung als Plakat angeschlagen, die sich gegen die weitere Anwesenheit der polnischen Besatzung in der Stadt wandte. Daraus wurden 16 Mitglieder der U. S. P. und ein Mehrheitssozialist verhaftet und nach Thorn übergeführt, wo sie am 25. Mai erschossen wurden. Das ist nicht nur in Graudenz bekannt, sondern es ist auch von polnischen Blättern offen zugegeben worden. Die Polen geben als Grund der Maßnahme an, die Verhafteten hätten diese Bekanntmachung veranlaßt. Diese Meldung ist so ungeheuerlich, daß man sie, wenn sie nicht so bestimmt lautet würde, kaum glauben möchte. Man darf wohl mit Bestimmtheit erwarten, daß von der deutschen Regierung alle erforderlichen Schritte eingeleitet werden, um ausreichende Sühne für diesen scheußlichen Gewaltakt von den Polen zu erlangen.

Die Unruhen in Italien.

Rom, 30. Juni. (WB.) In Beantwortung einer Interpellation betonte der Kriegsminister im Senat, daß die in Ancona meuternden Bersaglieri zum öffentlichen Ordnungsdienst gehörten. Er hob hervor, daß die Regierung einen Kommissar nach Albanien senden werde, der ausdrücklich erklären solle, daß Italien die Unabhängigkeit Albanien anerkenne. Der Minister betonte, daß in allen Städten Italiens sich Freiwillige für Albanien gemeldet hätten.

Ancona, 30. Juni. (WB.) Polizeitruppen durchziehen das Gebiet von Ancona und Falconara, wobei zahlreiche Verhaftungen vorgenommen werden. Die Stadt kehrt zu ihrem normalen Leben zurück. In Vessi haben Verhaftungen aus Ancona die Verbindungen wieder hergestellt. In Chiavari und Senitaglia sind Truppen eingetroffen, ohne irgend auf Widerstand zu stoßen.

Rom, 29. Juni. In einer Resolution beschloß die Arbeitskammer den Streik für Dienstag zu proklamieren. Die Straßenbahnen fahren nicht mehr. Dagegen verkehren noch die Straßen. Die meisten Läden sind geöffnet. In den Bahnhöfen herrscht vollständige Ruhe. Alle Züge laufen pünktlich ein mit Ausnahme derjenigen von Ancona, die noch immer zurückgehalten werden.

Rom, 30. Juni. (Priv.-Tel.) Die sozialistische Parlamentsfraktion sowie die Leitung der sozialistischen Arbeitskammer beschloßen mit geringer Mehrheit, den beabsichtigten Generalstreik für ganz Italien nicht zu proklamieren.

Schwedens Bruch mit Finnland.

Stockholm, 30. Juni. (WB.) Alle hiesigen Blätter bringen augenscheinlich inspirierte Artikel, die einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Finnland voraussetzen.

Helsingfors, 29. Juni. Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge sind die Waffenstillstandsbedingungen Finnlands von den Russen abgelehnt worden, da die Russen das Recht der freien Benützung der finnischen Furt verlangen. Die Verhandlungen sind auch bezüglich der Grenzfragen in eine Sackgasse geraten. In gleicher Weise dürfte es auch mit den Waffenstillstandsverhandlungen gehen. Es bleiben nur noch die wirtschaftlichen übrig, von denen man hofft, daß sie diese Woche noch voll erledigt werden. Auf finnischer Seite hegt man noch die Hoffnung, Bolschewiki, Kopsa und Socjalisten zu erhalten.

Das Treiben Kopsys in Berlin.

Das Treiben des Herrn Kopp wird immer staatsgefährdender. Seit Monaten verhandelt die deutsche Regierung durch das Heeresabwicklungshauptamt mit diesem in der bolschewistischen Propaganda äußerst tätigen Mann über Fragen des Gefangenen-austausches, obgleich die Regierung zu Beginn dieses Jahres das internationale Rote Kreuz in seiner Eigenschaft als unpolitische Organisation mit Erlebigung dieser Gefangenenangelegenheiten beauftragt hatte. In dem von Herrn Kopp in der Potsdamer Straße 75 unterhaltenen sogenannten „Kriegsgefangenenbüro“ geben täglich Gefangene aus und ein. Herr Kopp beruft nach eigenem Ermessen Delegiertentongresse aller Gefangenenlager nach Berlin ein, und das Heeresabwicklungshauptamt tut alles, was Herr Kopp befehlt. Seit Kopp in Berlin weilte, macht sich unter den russischen Gefangenen in Deutschland eine ziemliche Unruhe bemerkbar. In den Lagern bilden sich sogenannte geheime Sowjetkomitees, die im Verborgenen im Sinne des Herrn Kopp agitatorisch wirken und besonders befreit sind, die russischen Gefangenen in Deutschland gegen die verhasste Bourgeoisie aufzuwiegen.

Aus diesen Gründen hält es die „Tägl. Rundschau“ für wünschenswert, wenn die Regierung möglichst umgehend zu nachstehenden Punkten Stellung nehmen würde:

1) Ist es der Regierung bekannt, daß augenblicklich mit der Genehmigung des Heeresabwicklungshauptamts Agenten des Herrn Kopp die Gefangenenlager Deutschlands bereisen mit dem Auftrag, die Lagerverhältnisse in Augenschein zu nehmen und die Gefangenen über die Abtransportverhältnisse aufzuklären?

2) Hat die Regierung Maßnahmen zur Ueberwachung der Vertreter der Räterepublik Rußland bei ihren Besuchen der 35 russischen Gefangenenlager in Deutschland getroffen?

3) Wird die Regierung verhindern, daß diese Sowjetvertreter bei ihren Reisen mit den örtlichen Organisationen der Kommunisten in Verbindung treten?

Es wäre dringend notwendig, daß die Regierung endlich eingreift, damit nicht eines Tages die noch in Deutschland befindlichen 200 000 Russen unter Führung des Herrn Kopp versuchen, mit den deutschen Bolschewisten gemeinsame Sache zu machen. Es muß äußerst befreit wirken, wenn russische Gefangene in Deutschland sich erlauben, kommunistische Umzüge mit roten Fahnen zu veranstalten, wie dies am 1. Mai im Lager zu Gardelegen und vor einigen Tagen im Lager Duedlinburg der Fall war. Leider sind die Lagerdirektionen machtlos, weil Kopsys Tätigkeit regierungsseitig bisher gefördert wurde.

Es ist in diesem Zusammenhang auch zu erwähnen, daß die Nachrichten über einen für die nächste Zeit geplanten Generalstreik sich mehren.

Die Generalstreikpläne.

Die deutsche nationale Fraktion des Reichstages hat folgende Interpellation eingebracht:

Nach unwidersprochenen Mitteilungen in der Presse werden von Organen der äußersten Linken Vorbereitungen für einen Generalstreik getroffen, der sich auch auf die lebenswichtigen Betriebe erstrecken und unter Anwendung von Gewaltmaßnahmen durchgeführt werden soll.

Aus den Mitteilungen geht weiter hervor, daß der Generalstreik zum Zweck des gewaltsamen Umsturzes der Verfassung geplant wird.

Sind dem Reichskanzler diese Vorbereitungen bekannt, und was beabsichtigt er zu tun, um die der deutschen Bevölkerung aus den verbrecherischen Absichten der Streikleitung drohenden Gefahren zu beseitigen, das Wirtschaftsleben vor völliger Lahmlegung zu bewahren und die Verfassung gegen diese hochverräterischen Absichten zu schützen.

Deutscher Reichstag.

(Von unserm Berliner Büro.)

□ Berlin, 30. Juni.

Fortgang der politischen Aussprachen.

Auf die ersten der an der Spitze der heutigen Tagesordnung stehenden Interpellationen erklärte Vizekanzler Dr. Heinze, daß die Regierung bereit sei, die Interpellationen über die Vorbereitungen zum Generalstreik über die Preisverhinderung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und über die Erhöhung der Lebensmittelpreise in den nächsten Tagen zu beantworten.

Der Antrag des Geschäftsausschusses auf Aufhebung der gegen den Abgeordneten Rittmoch (U. S. P.) verhängte Festungshaft für die Dauer der Sitzungsperiode wurde einstimmig angenommen.

Ein Antrag Schulz-Bromberg (Deutschnatl.) forderte Aufhebung des gegen den Abgeordneten Van den Kerhoff-Eberfeld (Deutschnatl.) verhängten Strafverfahrens auf die Dauer der Session. Der Ausschussantrag wurde hierauf einstimmig angenommen. Dann wurde die politische Aussprache über die Regierungserklärung fortgesetzt.

Als erster Redner der Regierungspartei kommt Herr Trimborn an Worte:

Wir sind in eine neue Periode unserer politischen Entwicklung eingetreten. Zwei Abschnitte liegen bereits hinter uns, der erste geht vom Ausbruch der Revolution bis zur Nationalversammlung, der zweite umfaßt die Tätigkeit der Nationalversammlung und der dritte hat jetzt eingesetzt. Die Grundlage unserer Tätigkeit muß die Reichsverfassung sein. Sie ist unerrückbar. Wir sind heute noch trotz aller Kritik der festen Ueberzeugung, daß die alte Regierungskoalition die einzige Möglichkeit zum Wiederaufbau war. Wir haben es bedauert, daß die Deutsche Volkspartei nunmehr in die Regierung eingetreten ist. Das ist eine wesentliche Stärkung der Regierung. Wir beklagen es andererseits, daß die Sozialdemokratie aus der Koalition ausgetreten ist. Es ist unser Bestreben, die Basis der Regierung möglichst zu verbreitern. Wenn Abg. Herzt das Reichstagsbeschlüssen einer gefamten bürgerlichen Koalition mit zur Last legt, ersäre ich demgegenüber, daß für uns nur eine Koalition der Mitte in Frage kommt. Das haben auch die Sozialdemokraten von ihrem Standpunkt aus sehr deutlich gesagt. Wir haben der Versuchung widerstanden, in der vorteilhaften Stellung der Oppositionspartei abwärts zu stehen. Dem Rufe des Vaterlandes werden wir uns niemals entziehen. Unsere herzlichsten Segenswünsche begleiten den Reichskanzler bei der Uebernahme seines außerordentlichen Amtes. In Spa muß unseren Gegnern klar gemacht werden, daß Deutschland nicht Lebensstuf und Lebenshoffnung gewinnen kann, wenn man nicht die Lebensbedingungen verbessert.

Gegen unerfüllbare Forderungen der Gegner muß die Regierung einsehen. Unser einziges Mittel ist die Verletzung auf unser gutes Recht. Wo dieses Recht verletzt wird, muß eine feste Strafe diktiert werden und das gilt namentlich gegenüber Polen. Die von der Entente ausbehaltenen 100000 Mann können aber unsere Rechte nicht schädigen, zumal da die inneren Unruhen in unserem Vaterlande noch nicht ganz vorüber sind. Dann drängen heute wieder Nachrichten zu uns, daß die Bildung einer neuen Roten Armee bevorsteht und um auch noch diese niederzuhalten, genügen die uns zugesicherten 100000 Mann auf keinen Fall. (Wärm bei den Unabhängigen. Zusage: Schmidt.) Ob diese Nachrichten allerdings zutreffen, weiß ich nicht. Einige Roten können uns nicht helfen. In Zukunft müssen auch die Einnahmen und die Ausgaben in Einklang gebracht werden. Wir müssen prüfen, ob nicht an Beamten gespart werden kann. Das Geschäft des Reichsanklagers zur Sozialen Reform berühren wir. In der Ernährungsfrage die Zwangsmaßnahme aufzuheben, ist nicht ratsam, da dies wahrscheinlich zu Preissteigerungen führen würde. Der Brotpreis darf aber unter keinen Umständen weiter erhöht werden. Die Männer der Regierung dürfen unseres vollen Vertrauens gewiß sein. (Beifall im Zentrum.)

Ferner nahm der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann das Wort. Er führt unter anderem aus, daß scharfe Kritik geübt worden sei an dem parlamentarischen System. Wir dürfen hier nicht vergessen, daß die Verhältnisse hier bei uns andere sind als in England. Wäre die Entwicklung anfangs der sechziger Jahre bei uns dahin gegangen, daß Blomard und die Mehrheit des Preussischen Abgeordnetenhauses sich auf einem Wege befanden hätten, dann hätten sich voraussichtlich unsere politischen Verhältnisse ganz anders gestaltet. Alle Parteien sollten den Zwang in sich fühlen um die Verantwortung zu übernehmen, damit auch die Regierung gestützt sei. Bezeichnend war die Stellung der Reichstagsopposition. Obwohl man ihre Mitarbeit wünschte, verweigerten die Reichstagsopposition die Mitarbeit. Als der Wahlausgang sich noch nicht genau übersehen ließ, da habe ich ausdrücklich betont, daß die Regierungsbildung mit den Reichstagsopposition zu Stande kommen müßte.

Der angeführte Aufsatz war ein politischer Zeitungsartikel, es waren Massen eines Journalisten. Das was in den Romanen des Wahlkampfes, namentlich auch von den literarischen Mitarbeitern des "Vorwärts" geleistet worden ist, läßt wohl an Geschmack und Intelligenz nichts zu wünschen übrig. Der jetzige Zustand ist mit eigenem Willen der Sozialdemokratie entstanden. Wenn der Abgeordnete Herrgott sagt, Dr. Heine habe die Fülle zu früh ins Korn gemessen, so summe ich jedoch mit ihm überein, nicht aber in der Kritik an Herrn Dr. Heine. Eine ganz bürgerliche Koalition war tatsächlich unmöglich. Der einzige Vorwurf, der erhoben werden kann, wird höchstens der sein, daß diese Unmöglichkeit nicht noch einmal vor dem Ende festgestellt wurde. In der Unterredung zwischen Herrgott und Trimborn ist diese Unmöglichkeit auch zum Ausdruck gebracht worden. Eine Koalition mit den Deutschnationalen war aber eben Unmöglichkeit.

Berlin, 30. Juni. (Von unserm Berliner Büro.) Der Westenaussschuß des Reichstages hielt heute eine Sitzung ab. Man einigte sich dahin, daß bei der Aussprache über die allgemeine politische und finanzielle Lage des Reichs von jeder Fraktion ein zweiter Redner zu Wort kommen soll. Damit wird der ursprüngliche Plan, die Beratungen diese Woche abzuschließen, hinfällig. Zur Erledigung des Rot- und Nachtrages, der kleineren Vorlagen und Interpellationen wird der Reichstag auch die ersten Tage der nächsten Woche zusammenstecken.

Die Beratung des Notetats im Reichstag.

Berlin, 30. Juni. (Von unsem. Berl. Büro.) Voraussichtlich wird in der Debatte über den Notetat Reichsfinanzminister Dr. Wittich und Reichsernährungsminister Herrmann über die Finanz- und Wirtschaftslage des Reiches sprechen. Jedenfalls sollen die Sitzungen des Reichstages am Ende dieser Woche abgebrochen werden und die Ferien beginnen. Heute vormittag ist der Ausschuß für den Reichshaushalt zum ersten Male zusammengetreten. Der Ausschuß behandelte den Notetat, über den Abg. Dellus Bericht erstattete.

Der Ruhrbergbau über die heutige Wirtschaftspolitik und die Sozialisierungspläne.

In der ordentlichen Hauptversammlung des Bergbauvereins und des Hüttenverbandes, die vom 1. Vorsitzenden, Geh. Finanzrat Dr. Hugenberg geleitet wurde, erstattete der Geschäftsführer, Bergassessor v. Boewenstein, den Geschäftsbericht, mit dem zunächst ein Ueberblick über die wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnisse gegeben wurde. An der vom Reichswirtschaftsministerium betriebenen Wirtschafts-

politik und an der heutigen Gesetzesmacherei wurde scharfe Kritik geübt. Wer an die Zeiten vor Ausbruch des Krieges zurückdenke und sich vergegenwärtige, wie jedes Gesetz als ein neuer dem Staatsbau emporsteigender Stein von all den zahlreichem mitschaffenden Händen sorgfältig auf seine Güte und Tauglichkeit geprüft worden sei, den erlasse ein Schauer vor der Veltfertigkeit, mit der heute die Gesetze wahl- und gedankenlos zusammengetragen und in ihrer mangelhaften Beschaffenheit aufeinander geschichtet würden. Als der Gipfel oberflächlicher Gesetzesmacherei wurde der Uebergang der Eisenbahnen auf das Reich bezeichnet. Wie der Zwang der Erwirtschaftung der damit dem Reich aufgebürdeten neuen Schuldenlast und ihrer Abtragung wirken werde, sei angefaßt des schon vorhandenen riesenhaften Defizits im Etat der Eisenbahnen garnicht abzusehen. Jedenfalls seien die Aussichten, die sich auf diesem Gebiete des Wirtschaftslebens eröffneten, so trübselig wie nur möglich.

Bei der Forderung nach der Sozialisierung des Steinkohlenbergbaues seien die treibenden Gründe nach wie vor politische Natur. Sobald man die Dinge wirtschaftlich erfasse und sich auf den vernünftigen Standpunkt stelle, daß die Sozialisierung doch einen Nutzen für das gesamte Volk bringen solle, lösten sich schnell die Rebel all der irrgläubigen Vorstellungen. Die von Walter Rathenau der Sozialisierungskommission vorgelegten Richtlinien seien nur so verständlich, wenn sie als Richtabteiler für die seiner eigenen Industrie drohende Gefahr angesehen würden. Für Rathenau schone Zeit gewonnen alles gewonnen zu sein. Als weitblickender Großindustrieller sehe er wohl selbst den dem Bergbau im Falle seiner Sozialisierung drohenden Rückgang voraus und rechne damit, daß den jetzigen Anhängern der Sozialisierung noch sicherlich nicht ausbleibender Enttäuschung die Lust an weiteren Experimenten auf anderen Gebieten, namentlich auf dem der Elektrizitätsindustrie, vergehen werde.

Zur Arbeitsgemeinschaft wurde ausgeführt, daß man es an dem guten Willen zu positiver Mitarbeit nicht habe fehlen lassen. Bedauerlich sei nur, daß die politische Spaltung der Arbeiterschaft zu sehr auf das gewerkschaftliche Gebiet übergegriffen habe. Hoffentlich werde bald die Einsicht fliegen, daß nur unpolitische Gewerkschaften zur Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft berufen seien. Nur dann würden sich auch die Erwartungen erfüllen, die sich an den in Vorbereitung befindlichen Reichswirtschaftsrat knüpfen.

Auf dem Gebiete des Verkehrs wurde die Aenderung des Mittelstandes berührt und der freudige Ausdruck gegeben, daß sich auch der Bundeswasserstraßenbeirat wie fast alle Wasserstraßenbeiräte für die preussische Landesversammlung dem Votum des Bundeswasserstraßenbeirats in aller Kürze anschließen, damit das Werk, dessen Vollendung keinen Ausschub dulde, möglichst bald in Angriff genommen werden könne.

Der Streit um den Lohnabzug.

Lehrstraße, 30. Juni. (Priv.-Tel.) Da in den Kellern widersprechende Nachrichten erschienen sind, macht das Landesfinanzamt in der Karlsruher Zeitung nochmals darauf aufmerksam, daß an allen seit 25. Juni gestellten Lohn- und Gehaltszahlungen der 10proz. Abzug für die Einkommensteuer gemacht werden muß. Dann bleibe es sich selbst, für welchen Zeitraum der Lohn oder Gehalt bezahlt wird, ob für die Zeit vor dem 25. Juni oder später. Entscheidend ist lediglich der Tag der Auszahlung. Fällt dieser auf den 25. Juni oder auf einen späteren Tag, so muß der Abzug gemacht werden. Ist die Auszahlung an einem früheren Tag erfolgt, so war kein Abzug zu machen.

Deutsches Reich.

Zur Besetzung des Presseschefs-Amtes.

Berlin, 30. Juni. (Von unserm Berliner Büro.) Uns wird bestätigt, daß das Amt des Presseschefs dem früheren vortragenden Rat in der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes, Geh. Rat Friedrich Heilbronn angeboten worden ist. Die Verhandlungen schweben noch, aber es ist fraglich, ob Geh. Rat Heilbronn das Amt übernehmen können. Herr Heilbronn fühlt sich durch Verpflichtungen persönlicher Art gebunden, von denen er nicht weiß, ob er sie lösen können wird. Das wäre bedauerlich, ganz abgesehen von den menschlichen und sachlichen Qualitäten des Herrn

Geh. Rat Heilbronn. Unter den obwaltenden Umständen wird nur ein Beamter in der Lage sein, das Amt übernehmen zu können. Ein Beamter wird auch, solange die Regierung nicht gerade an die Extremisten kommt, unter wechselnden Ministerien das Amt verlassen können. Und gerade hier empfiehlt sich vielleicht eine gewisse Stetigkeit. Die Neuorganisation des amtlichen Pressedienstes, die wir in den letzten anderthalb Jahren kopfschüttelnd erleben mußten, war trotz des aufgebauten ungeheueren Apparates in vieler Beziehung doch eine ausgesprochene Desorganisation. Herr Heilbronn bekennt sich zur gemäßigt liberalen Auffassung.

Das neue württembergische Staatsministerium.

Stuttgart, 30. Juni. (W.B.) Das württembergische Staatsministerium wird sich sicherem Vernehmen nach wie folgt zusammensetzen: Dr. Heiber Staatspräsident und Kultus, Graf Inneres, Boitz Justiz, Liesching Finanzen, der frühere Ministerialrat Schall Arbeit und Ernährung.

Die Frage der Ueberführten im Rheinisch-Westfälischen Bergbau.

Essen, 30. Juni. (Priv.-Tel.) Die Arbeitnehmer-Organisationen im Rheinisch-Westfälischen Bergbau haben bei der Arbeitsgemeinschaft eine Resolution des Ueberführtenabkommens beantragt. Verhandlungen werden darüber Ende dieser Woche noch stattfinden. Veranlassung zu dem Antrag der Bergarbeiter-Organisationen haben die sich fortsetzenden Klagen der Bergarbeiter gegeben. Die Arbeiter hätten sich außerstande, die Ueberführten in der bisherigen Weise zu befragen, wenn nicht eine Besserung der Lebensmittellieferung eintritt. Eine Besprechungsversammlung der Reihe Karlsruher im Essener Bezirk sprach sich sehr stark gegen das weitere Bestehen von Ueberführten aus. Von den Rednern wurde gefordert, daß jeder Bergmann abdrandmarkt werden soll, der sich zu Ueberführten bereit findet.

Reichspräsident Eberts Gewerkschaftsbeiträge werden zurückgewiesen.

Das letztere Spiel: "Ein in die Kartoffel, raus aus die Kartoffeln" wird mit Reichspräsident Ebert getrieben. Gest schließt ihn die Berliner Ortsgruppe des Sattlerverbandes aus dem Verband aus, der Verbandsvorstand bestatigt den Ausschluß; dann hebt der Verbandsausschuß den Ausschluß auf. Aber noch unzufriedener als sein Präsidentenamt ist des armen Eberts Mitgliedschaft in seiner Berufsorganisation. Jetzt hat wieder die Ortsgruppe Berlin mit 392 gegen 198 Stimmen es abgelehnt, von Eberts Gewerkschaftsbeiträge entgegenzunehmen, denn der Verbandsausschuß könne die Berliner Ortsgruppe nicht zwingen, daß gerade sie den Kollegen Ebert als Mitglied führe und seine Beiträge entgegennehme. Man sieht, von welchen Zufälligkeiten es in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung abhängt, ob man der Ehre der Mitgliedschaft gewürdigt oder als rüchdiger Schaf aus dem Stall der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit hinausgeworfen wird.

Letzte Meldungen.

Schwere Gewitter in der Provinz Brandenburg.

Reussdorf, 30. Juni. Gestern abend gegen 6 Uhr gingen über die hiesige Gegend schwere Gewitter, verbunden mit wolkenbruchartigen Regen und Hagel nieder. Die Hagelkörner erreichten die Größe von Kanonenkugeln und zertrümmerten in den Rodenorten, namentlich in Sibow, Hunderte von Fensterscheiben. Das Unwetter, das von ungewöhnlicher Stärke war, vernichtete die Getreidefelder vollständig und richtete auch in den Obstgärten erheblichen Schaden an. Heute lagen die Hagelkörner noch stellenweise 30 bis 50 Zentimeter hoch.

Das Grubenunglück von Borbed-Zwedel.

L.B.D. Borbed, 30. Juni. (Priv.-Tel.) Von den bei dem Grubenunglück der Zeche Borbed-Zwedel verwundeten Bergleuten sind inzwischen 2 gestorben, somit erhöht sich die Zahl der Todesopfer auf 4.

Amsterdam, 30. Juni. Der Times zufolge hatte Krassin gestern eine Unterredung mit Lloyd George und wird heute mit dem Obersten Wirtschaftsrat verhandeln.

Amsterdam, 30. Juni. Evening News melden, daß eine amtliche Stelle von Hermon einen Bericht von dem durch die Sinnfänger erfaschten General Lucas erhalten habe, in welchem dieser schreibt, daß er gut behandelt werde und daß es ihm gut gehe. Es sei ihm mitgeteilt worden, daß er mehrere Wochen gefangen gehalten werde. Sein Aufenthaltsort ist noch immer unermittelt.

Paris, 30. Juni. (W. B.) Der Präsident der Republik, Paul Deschanel ist heute nacht nach Paris zurückgekehrt.

Der Mann mit den sieben Masken.

Roman von Erich Büffel.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

"Ich habe den Ueberführtenplan Ihres Bibliotheksgebäudes, den wir in Wien nicht besitzen, studiert. Ich glaube ihn jetzt vollständig im Kopfe zu haben. Die Anordnung ist zweckmäßig und systematisch, sie macht Ihnen Ehre. Erstaunt bin ich, daß Sie es auf vierundzwanzig Corvinahandschriften gebracht haben — die Universitätsbibliothek in Budapest hat, wenn ich nicht irre, ihrer nur fünfunddreißig —"

Der Pole nickte zustimmend. Unter der Bodspendung schien er einige Zentimeter gewachsen zu sein.

"Wie gesagt, ich glaube recht gut im Bilde zu sein. Wünschen Sie eine kleine Probe? In den Zimmern Eins bis Fünf die geographischen Werke. Zimmer Neun die alten Manuskripte. Zimmer Dreizehn und Vierzehn die Inkunabeln. Uebrigens beglückwünsche ich Sie, daß Sie ein Exemplar von Panzers Annotes typographici besitzen —"

Kowalewski bewunderte im stillen die bibliographischen Kenntnisse des Juristen.

Teleki hatte sich schieflich erhoben und sagte sehr lebhaft: "Ich möchte Ihnen noch eine umfassendere, praktische Probe meiner Orientierung geben, Herr Doktor. Ich werde jetzt einen Rundgang durch die Bibliotheksräume machen —"

"Ich stehe ganz zur Verfügung —"

"O nein, Herr Bibliothekar! wehrte Teleki ab. "Höchstens könnte ich Ihre Führung übernehmen", fügte er halb scherzhaft hinzu. "Aber dazu ist Ihre Zeit zu kostbar. Ich sehe da auf Ihrem Schreibtische noch dieselben Stöße von Schriftstücken liegen wie vor einer Stunde —"

Der Baron sagte das lächelnd, indem er in der Verbindungstüre lehnte und seine Augen nach dem Schreibtische des Psychologen richtete.

Der Pole wurde über die Ablehnung seiner Führung und noch mehr über den Scherz des Juristen betroffen, dem seine heutige amtliche Untätigkeit nicht entgangen war.

"Einige Korridore und Zimmer sind dunkel —" erklärte er beinahe stotternd. "Der Herr Baron werden sich nicht zu rechtfertigen — darf ich wenigstens den Sekretär mitgeben?"

Teleki schüttelte den Kopf. "Wenn Sie wünschen, sind die Korridore bei uns in Wien sind, in der Wanggasse Nummer 4. Im übrigen bin ich wohl ausgestattet —"

Dabei zog er eine silberne elektrische Taschenlampe hervor und ließ sie mehrfach aufleuchten.

Dem Bibliothekar trat der Schweiß auf die Stirn, als er nach einigem Zögern erklärte: "Die Zimmer mit den wertvollsten Exemplaren sind verschlossen — es muß jemand wegen der Schlüssel mitgehen —"

"Diese Räume werde ich morgen besichtigen!" warf der Ministerialrat leicht hin. "Also bitte, lassen Sie sich nicht weiter führen. Auf Wiedersehen!"

Damit nahm der Rat seinen Zylinder und den Ueberführtenplan in die Hand, grüßte leicht und verließ das Zimmer. Der ehrgeizige und eitle Kowalewski fühlte sich durch die abermalige Zurückweisung verletzt. Er verwünschte sein Geschick, das ihn die entscheidende Stunde nicht glücklicher machen ließ.

Gerade der Rundgang hätte ihm Gelegenheit geboten, seine Kenntnisse zu zeigen. Er verstand sich sogar darauf, mit ihnen zu blenden, das heißt, sie tiefer erscheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit waren.

Bergeblisch setzte er sich an den Schreibtisch, um zu arbeiten. Seine Gedanken schweiften immer wieder ab.

Daß er von dieser Führung ausgeschlossen wurde, nagte an seinem Herzen. Gerade bei solchem Rundgange kam man sich äußerlich und innerlich näher.

Flüchtig sprang er auf und horchte zur Tür hinaus. Der Baron kleg die Treppe zum zweiten Stockwerke hinauf.

Der Pole fand seine Mutmaßungen bestätigt. Oben lagen die Zimmer mit den eigentlichen politischen Schriften. Es war kein Zweifel, daß die Ablehnung seiner persönlichen Führung sachliche Gründe hatte. Der Ministerialrat wollte sich ins Geheimnis halten.

Etwas erleichtert atmte der Pole auf, daß die Ablehnung nicht seiner Person galt.

Aber war das möglich, daß der Oberbibliothekar keine Kenntnis davon hatte, welches Buch oder gar welche Bücher von ihrem Platze entfernt wurden? Versieh das nicht gegen die Bibliotheksordnung? Oder wenn der Rat gar ein oder einige Exemplare aus dem Gebäude mit in sein Hotel zu nehmen beabsichtigte?

Doktor Kowalewski hütete die ihm anvertrauten Bücher wie ein feuriger Drache einen goldenen Schatz. Er hatte ein reizbares Verantwortungsgefühl und konnte manchmal eine ganze Nacht nicht schlafen, wenn er sich bloß vorstellte, daß ein Buch nicht an seinem Platze stehe.

Jetzt hörte er Schritte über sich. Eine Tür war geschlossen worden, eine Fenstergardine wurde zurückgezogen, das Geräusch der klingenden Ringe war ganz deutlich. Er hörte die Schritte, er kannte sie wieder, es war der Baron. Ueber dem Direktorialraum lag Zimmer Nummer Vierund-

zwanzig. Dem Bibliothekar trat der Schweiß auf die Stirn, als er nach einigem Zögern erklärte: "Die Zimmer mit den wertvollsten Exemplaren sind verschlossen — es muß jemand wegen der Schlüssel mitgehen —"

"Diese Räume werde ich morgen besichtigen!" warf der Ministerialrat leicht hin. "Also bitte, lassen Sie sich nicht weiter führen. Auf Wiedersehen!"

Damit nahm der Rat seinen Zylinder und den Ueberführtenplan in die Hand, grüßte leicht und verließ das Zimmer. Der ehrgeizige und eitle Kowalewski fühlte sich durch die abermalige Zurückweisung verletzt. Er verwünschte sein Geschick, das ihn die entscheidende Stunde nicht glücklicher machen ließ.

Gerade der Rundgang hätte ihm Gelegenheit geboten, seine Kenntnisse zu zeigen. Er verstand sich sogar darauf, mit ihnen zu blenden, das heißt, sie tiefer erscheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit waren.

Bergeblisch setzte er sich an den Schreibtisch, um zu arbeiten. Seine Gedanken schweiften immer wieder ab.

Daß er von dieser Führung ausgeschlossen wurde, nagte an seinem Herzen. Gerade bei solchem Rundgange kam man sich äußerlich und innerlich näher.

Flüchtig sprang er auf und horchte zur Tür hinaus. Der Baron kleg die Treppe zum zweiten Stockwerke hinauf.

Der Pole fand seine Mutmaßungen bestätigt. Oben lagen die Zimmer mit den eigentlichen politischen Schriften. Es war kein Zweifel, daß die Ablehnung seiner persönlichen Führung sachliche Gründe hatte. Der Ministerialrat wollte sich ins Geheimnis halten.

Etwas erleichtert atmte der Pole auf, daß die Ablehnung nicht seiner Person galt.

Aber war das möglich, daß der Oberbibliothekar keine Kenntnis davon hatte, welches Buch oder gar welche Bücher von ihrem Platze entfernt wurden? Versieh das nicht gegen die Bibliotheksordnung? Oder wenn der Rat gar ein oder einige Exemplare aus dem Gebäude mit in sein Hotel zu nehmen beabsichtigte?

Doktor Kowalewski hütete die ihm anvertrauten Bücher wie ein feuriger Drache einen goldenen Schatz. Er hatte ein reizbares Verantwortungsgefühl und konnte manchmal eine ganze Nacht nicht schlafen, wenn er sich bloß vorstellte, daß ein Buch nicht an seinem Platze stehe.

Jetzt hörte er Schritte über sich. Eine Tür war geschlossen worden, eine Fenstergardine wurde zurückgezogen, das Geräusch der klingenden Ringe war ganz deutlich. Er hörte die Schritte, er kannte sie wieder, es war der Baron. Ueber dem Direktorialraum lag Zimmer Nummer Vierund-

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land. Die Bedarfsversorgung der Stadt Mannheim.

Die künftige Regelung.

Herr Bürgermeister Dr. Walli führte in der gestrigen Besprechung der Mannheimer Bedarfsversorgung bezüglich der künftigen Regelung u. a. folgendes aus: Bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch ist eine sehr starke Abschichtung unseres Viehbestandes zu befürchten. Das würde wieder eine ungünstige Rückwirkung auf den Milchviehbestand und auf die Getreidewirtschaft ausüben, weil die Landwirte dazu gezwungen werden könnten, das Getreide zu verfüttern, anstatt es an den Kommunalverband zum Höchstpreise abzugeben.

Was die Kartoffelversorgung betrifft, so denkt die Stadt eine Reserve für die Zeit anzulegen, in der es den Händlern nicht möglich sein wird, die nötigen Mengen heranzubringen. Es ist damit zu rechnen, daß die Kartoffelbewirtschaftung völlig frei wird, da nach den bisherigen Ergebnissen die Aussicht sehr gering ist, daß die Städte das Risiko der Kartoffelversorgung weiter übernehmen. Die badische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß unter diesen Umständen die Kartoffelbewirtschaftung freigegeben werden sollte. Ein diesbezüglicher Antrag ist an die Reichsregierung gestellt. Herr Dr. Walli ist allerdings der Ansicht, daß wir bei der freien Wirtschaft an einen Kartoffelpreis von 40 Mark für den Zentner herankommen werden. Die Notwendigkeit der Beibehaltung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide und Weizen illustriert die Tatsache, daß die beiden höchsten Kommunalverbände nur ein Siebentel des Bedarfs der badischen Städte an Brotgetreide decken konnten. In den nächsten Tagen wird sich der Getreidepreis entscheiden. Nach der Freistellung der Reichs-Unterkommission ist seit März eine Erhöhung der Selbstkosten der Landwirte um 54 Prozent eingetreten. Wenn diese Erhöhung in den Getreidepreisen zum Ausdruck kommen sollte und dazu die Preisdrückungsmittel gewährt wird, so werde mit ganz gewaltigen Getreide- und Weizenpreisen zu rechnen sein.

Die Bewirtschaftung des Futters muß ausreicht erhalten werden. Die Erzeugung ist demnach gewaltig zurückgegangen, weil u. a. der Anbau der Futterrüben bedeutend nachgelassen hat. Bei der Milchversorgung müsse speziell in Mannheim der größte Wert darauf gelegt werden, daß die Zwangswirtschaft oder ein gleichwertiges System bestehen bleibe. Die Zahl der Milchlieferanten hat im letzten Jahre um ein geringes zugenommen. Trotzdem ist der Milchleistungsdurchschnitt nur von 42,9 Proz. im Januar auf 52,7 Proz. der Sollmenge gestiegen. Außer der Hamsterei hat zu der mangelhaften Milchlieferung viel die Maul- und Klauenseuche beigetragen. Von November bis Mai erkrankten in Baden rund 33 000 Kühe, von denen ein großer Teil notgeschlachtet werden mußte. Man wolle die Zwangsausführung der Milch durch gemeinschaftliche Aufbringung erzielen. Die Sache ist vornehmlich noch deshalb nicht zum Abschluß gekommen, weil die landwirtschaftlichen Organisationen im Streit miteinander liegen und nicht das rechte Vertrauen haben, daß es gelingen wird, in der richtigen Weise zu arbeiten. Herr Dr. Walli glaubt, daß wir ohne Zwang nicht ankommen werden, insbesondere solange nicht, als die Milchproduktion infolge des Mangels an Kraftfuttermitteln nicht in die Höhe gehen will. Für die Stadt Mannheim ist eine Änderung der Organisation bedenklich. Herr Dr. Walli will die verschiedenen Organisationen, wie Milchzentrale, Molkereigenossenschaft und Milchhändlervereinigung, zu einer losen Genossenschaft unter einer Leitung zusammenschließen, insbesondere aus dem Grunde, damit eine Organisation vorhanden ist, mit der bindende Verträge geschlossen werden können. Es werde allerdings nicht leicht sein, die verschiedenen Interessen zu vereinen, da insbesondere die Milchhändler darauf ausgehen, die freie Wirtschaft zu erreichen. Zu dem System, wie es die Milchhändler haben wollen, werde es wohl nicht kommen, zumal das Reichsmilchgesetz in Aussicht stehe.

Die Aussprache.

Die sich an diese einleitenden Ausführungen des Vorsitzenden knüpfte, begann mit der Milchversorgung. Herr Bädermeister Schneider konnte hochinteressante Mitteilungen über seine Eindrücke machen, die er in der vorigen Woche in Berlin im allgemeinen und bei der Reichsgetreidekommission im besonderen gewonnen hat. Das badische Bädergewerbe stehe auf dem Standpunkt, daß die Zwangswirtschaft für Brotgetreide noch beibehalten werden müsse. Dagegen könne sie es nicht verstehen, warum nicht mehr ausländisches Getreide und Weizen hereingelassen werde. Es müsse unter allen Umständen mehr Einfuhr stattfinden, damit auf den deutschen Bauer ein größerer Druck ausgeübt werden könne. Ein Berliner Ministerialrat habe vorhin geäußert, er gebe zu, daß der Bäcker für die schlechte Qualität des Brotes nicht verantwortlich sei. Es sei sogar erkaunt, daß es überhaupt möglich sei, mit den zur Verfügung gestellten Zutaten Brot herzustellen. Herr Schneider hat festgestellt, daß Berlin heute noch Kuchen und Brötchen aus Weizenmehl hat. Die Weizen aus inländischem Weizen kosten 14, diejenigen aus ausländischem 85 Pf. Die gleichen Brötchen könne man übrigens auch in Frankfurt und Wienberg haben. Berliner Bäcker hätten erklärt, sie müßten 10 Prozent Streckungsmittel verbieten. Als Herr Schneider daraufhin fragte, ob sie schon Mehl, Grieß usw. verwendet hätten, sei ihm geantwortet worden, sie brauchen höchstens Halvermehl zu verwenden. Mehl hätten sie ein einzigesmal zugewiesen bekommen. In Berlin habe man sehr wenigstens eine Mischung, wie Süddeutschland bisher befreit worden sei. Das seien seine Beobachtungen teilt Herr Schneider noch mit, daß z. B. die Mehlklosetten meist besser mit allen möglichen Anlagen versehen seien, wie bei uns. Herr Dr. Walli gibt Aufklärung über die 1000 Zt. Weizen, die angeblich Mannheim in der letzten Zeit von der Reichsgetreidekommission vorenthalten worden sind. Nach den Darlegungen des Herrn Bürgermeisters wurde das aus der Schweiz kommende Mehl zur Versorgung der oberbadischen Bezirke zurückgehalten, weil hier ohnehin Auslandsgetreide lagerte, das statt dessen verwendet werden konnte. Herr Dr. Walli glaubt im Gegensatz zu Herrn Schneider, daß zur unsachlichen Einfuhr von Auslandsgetreide und Mehl nicht genügend Devisen vorhanden sind. In Berlin vertritt man die Ansicht, daß man bis zur Ernte genügend mit Mehl eingedeckt sei. Gegen die Qualität des Berliner Brotes habe er schon oft seine Stimme erhoben. Die Transportnot habe wesentlich zur Verschlechterung des Mannheimer Brotes beigetragen. Der Mehl, der hauptsächlich schuld an der schlechten Qualität des Brotes war, hat damals in Mannheim gelagert. Die Regierung hatte ihn von der Schweiz gekauft. Infolge der großen Transportnot war es nicht möglich, nach dem Südwesten des Reiches, der infolge seiner geographischen Lage jede Störung am empfindlichsten zu spüren bekommt, Mehl in genügender Menge zu senden. Herr Stadtrat Trautwein hält es istriß ebenfalls für falsch, daß sich das Reich nicht mehr mit ausländischem Getreide und Weizen deckt. Es wäre besser, wenn die Reichsgetreidekommission heute noch kamte, damit sie nicht direkt auf den Preisdruck der heimischen Landwirte angewiesen sei.

Bei Besprechung der Kartoffelversorgung gab Herr Dr. Walli an, daß die Stadt die Kartoffelbewirtschaftung...

die Frostperiode eindecken müsse. Auf die Bemerkung hin, daß sich die Verbraucher, um preisbrüder zu wirken, zum Herbst nicht für die ganze Versorgungszeit eindecken sollten, erwiderte Herr Dr. Walli, daß eine zu starke Eindeckung bei dem voraussichtlich hohen Kartoffelpreis nicht zu befürchten sei. Viele Familien würden einen derartigen Betrag überhaupt nicht auf einmal hinlegen können. Auch die Milchversorgung wurde kurz gestreift. Herr Dr. Walli gab hierbei seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Amtsvorstand von Stodach unter Hinweis auf das Wehrkirch Vorbild die Milchlieferanten des Bezirkes aufgefordert hat, sich mit dem alten Milchpreis mit Rücksicht auf die Notlage der Kinder und Kranken in den Städten zufrieden zu geben. Man darf darauf gespannt sein, ob diese nachahmenswerte Aktion Erfolg hat, da die Milchlieferanten des Bezirkes Stodach nach Mannheim liefern. Die Kommission, welche in der kürzlichen Protokollversammlung beauftragt wurde, in Karlsruhe vorzutreten, scheint ihre Befugnisse überschritten zu haben, wenn Herr Dr. Walli im Ministerium des Innern richtig orientiert worden ist. Herrn Dr. Walli ist von einem Regierungsvertreter gesagt worden, die Kommission habe die freie Bewirtschaftung der Milch verlangt.

Bei Besprechung der Fleischversorgung war die Meinung über die Zwangswirtschaft geteilt. Während Stadtrat Dörner sich gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft aussprach, weil er befürchte, daß die minderbemittelte Bevölkerung infolge der Rostfälle (Mastabschlachtung, unerschwingliche Preise) zur Selbsthilfe gezwungen wird, wies Stadtrat Trautwein, der ebenso wie Herr Dörner zur Wehrheilssozialdemokratie gehört, darauf hin, daß die Zwangswirtschaft für Fleisch längst durchbrochen ist. Selbst die Stadt Mannheim ist gezwungen gewesen, dazu überzugehen, Vieh zu kaufen, wo sie es bekommt, weil die zugewiesenen Kommunalverbände völlig versagen. Herr Trautwein befürchtet auch, daß die Stadtkasse bei der Beibehaltung der Zwangswirtschaft schwer belastet wird, da die Stadt gezwungen sein könnte, die sich ergebenden Differenzen zu tragen. In den letzten Wochen ist es vorgekommen, daß Kommunalverbände, die über 100 Stück Vieh in der Woche zu liefern hätten, kein einziges Stück geliefert haben. Wenn die Zwangswirtschaft aufrecht erhalten werde, müsse mit ganz anderen Mitteln als selber vorgegangen werden. Herr Redaktor Zimmermann brachte eine Beschwerde der Pferdewerger zur Sprache, die mit den Preisen für Pferdefleisch und -wurst nicht einverstanden sind. Diese Preise hängen in keinem Verhältnis zu den Preisen der Konserven und des Rindfleischs, die ihnen aus den Beständen der Hyattungsgesellschaft überwiesen worden seien. Herr Dr. Walli wies demgegenüber darauf hin, daß der Kommunalverband die Preise für Pferdefleisch und -wurst festsetzt. Die Pferdewerger sollten sich nicht beim Einkauf der Schlachtpferde überbieten, dann würden sie mit den festgesetzten Preisen auskommen. Die Preise für die Hyattungsgesellschaft seien durch Preisprüfungsamt festgelegt worden. Seines Wissens seien übrigens nur für 15 000 R. Konserven verkauft worden. Die übrige ausgegebene Ware sei zurückgegeben worden, als sie herzustellen, daß sie nicht abgeholt werden konnte. Der Restbestand der Hyattungsgesellschaft hat dann anderweitige Verwendung gefunden. Herr Amtsrat Dr. Hofmann mußte zugeben, daß der Preis der Hyattungsgesellschaft hoch war. Das habe aber an dem unerschwinglich hohen Einkaufspreis gelegen.

Herr Dr. Hofmann ist aufgrund seiner Eindrücke, die er dieser Tage bei der Karlsruher städtischen Fischversorgung gewonnen hat, der Ansicht, daß wir hier eine beachtliche Einrichtung nicht nötig haben, weil die privaten Fischhandlungen befriedigend arbeiten. Die bisherige Kontrolle der Fischhändler genügt. Auf eine Anfrage von Frau Stadtrat Raue stellt Herr Dr. Walli fest, daß die Verarbeitung von ausländischem Fleisch im städtischen Schlachthof mit dem städtischen Bezug nichts zu tun hat. Die Werger haben die Genehmigung zu der Verarbeitung bekommen. Es soll sich um amerikanisches Fleisch handeln, das aus Holland bezogen wurde und von einem hiesigen Metzger bereits zu 30 Mark das Pfund verkauft wird, während der Einkaufspreis 18 Mark betragen haben soll. Der Vorstand der Metzgerinnung habe erklärt, daß ein Preis von 27-28 Mark für dieses Fleisch zu hoch sei. Bei der Besprechung der Zuckerverorgung vermittelte sich Herr Stadtrat Nagel in längeren Ausführungen über die schweren Schäden, welche die ungenügende Zuckerverteilung im Gefolge hat. Man müsse u. a. damit rechnen, daß im kommenden Winter viele Bienen zugrunde gehen, weil dem Bienen nicht genügend Zucker zugewandt werden kann. Auch die Vermehrung der Obstbäume im Haushalt ist unmöglich gemacht. Herr Dr. Walli stellte fest, daß nicht nur Würtemberg, sondern auch andere badische Kommunalverbände jetzt mehr Zucker zuleiten können, weil sie im Laufe des Jahres eingekauft haben. Er habe ebenso einwenden wollen, die Lebensmittelkommission sei aber damit nicht einverstanden gewesen, weil sie damit gerechnet habe, daß eine Sonderbeweisung für die Obstzuckererfolge. Bei einer nachmaligen kurzen Erwähnung der Obstversorgung gab Herr Dr. Walli bekannt, daß die Staatsanwaltschaft Mannheim ein Kaffeebrot gegen die Erzeuger beschlagnahmt. Damit schloß die Konferenz.

3. Institut Sigmund. Am 14. Juni 1920. Am 15. bis 18. Juni in Schwetzingen die Realschulprüfung stattfand, konnten in der vergangenen Woche bei der Abschlussprüfung in Weinheim wieder 14 Tag- und Abendkinder des Instituts sich das Abgangszeugnis einer Realschule (Einsjährigengenuß) erwerben. Mit diesen letzten Ergebnissen haben im laufenden Schuljahr 37 Institutsschüler die Realschulprüfung (Einsjährigengenuß) mit Erfolg abgelegt.

Lebensrettung. Gestern nachmittag gegen 4 Uhr wurde von Hermann Hoffmann, 3. Pl. auf der hiesigen Berufsschule, zwei junge Burschen aus dem Rhein gezogen. Die beiden, J. Heibing in C 8, 19 und Karl Baron, Wellenstraße 10, hielten sich in der freien Rhein, als sie die Kräfte verließen und unterliefen. Herr Hoffmann, der am Rheinufer ein Sonnenbad nahm, bemerkte sofort und sofort unter eigener Lebensgefahr Baron, dessen Mutter handernd am Ufer stand und den Todeskampf ihres Jungen mit an. Beide Jungen befinden sich wieder wohl. Hier uns mitgeteilt wird, hat Herr Hoffmann bereits vier Menschen schon vom Tode des Ertrinkens gerettet.

Pollzeibericht vom 30. Juni (Schluß). Selbstmord. Am 28. ds. Mts. zwischen 7 und 8 Uhr vormittags, verübte eine 25 Jahre alte Bahnhofsarbeiterin von Friedricksfeld dadurch Selbstmord, daß sie sich bei der Bonadiesinsel auf dem rechten Rheinufer ins Wasser stürzte. Die Leiche konnte bis jetzt noch nicht gebadet werden. Der Beweggrund zur Tat sollen Familienverhältnisse sein.

Häufig Körperverletzungen, verübt im Hause G 5, 6 durch Schlägen mit einem Hammer, auf der Straße zwischen U 1 und dem Ring, im Hause Augartenstraße 50, im Hause T 6, 11 und vor dem Hause T 5, 1, gelangten zur Anzeige.

Brandausbruch. Am 24. H. Mts., früh zwischen 4 und 5 Uhr, brach im Hause Friedricksstraße Nr. 45 in Redorau vermittelst durch Ueberhitzung eines Füllens aus einem Backhaus auf dem Aufseideraum, ein Brand aus, der einen Gebäudeschaden in Höhe von 800 R. und einen Fahrzeugschaden von etwa 500 Mark verursachte.

Verhaftet wurden 30 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen, darunter 18 wegen Diebstahls, Betrugs und Unterschlagung.

Mannheimer Strafkammer.

Die Diebstähle auf dem Rangierbahnhof. Der Prozeß gegen die diebstahligen Eisenbahner ist nun nach 7 längeren Verhandlungstagen zu Ende gegangen. Ueber 100 Angeklagte, die gruppensweise abgeurteilt wurden, um zuletzt ihre Gesamtstrafen entgegenzunehmen, standen vor der Strafkammer. Da gab es keine Abtunungsprozesse, sondern einzelne Verhandlungstage dauerten über 12 Stunden und dann mußte die Urteilsverkündung noch verzoget werden. Die Arbeit, die der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Baumgartner zu leisten hatte, war überaus anstrengend. Nur ein Zeuge war geladen: Polizeiwachmeister Düffner-Redar, der alle Urteilungen gemacht hatte und froh sein mag, die Hauptverhandlung hinter sich zu haben. Vom 5. Verhandlungstage an waren die Angeklagten, die zu hohen und unangenehmen Strafen verurteilt wurden, in den Arresten untergebracht.

Gruppe von 24 Angeklagten zu verurteilen hatte. Es handelte sich dabei um Entwendung von Eisenbahngegenständen, die Zigaretten, Wein, Kognak, Käse, Schinken, Seife, Rübden, Fett und Gerste entbalden hatten. Bei dem „Item“-Schinken meinte einer der Angeklagten, die Schinken und Speckseiten seien nur so aus dem Wagen gestiegen, ein Beweis, wie schonungslos gearbeitet wurde. Es gab Strafen von 2 Wochen bis 9 Monaten.

Der 6. Verhandlungstag hatte eine Gruppe von 20 und eine weitere von 19 Angeklagten vor die Schranken geführt. Sie hatten Stoff (in Bollen), Seife, Rundharmonikas (die sie für Seife gehalten hatten), Mehl, Weismehl, Parfüm und Emalgelächir gestohlen. Die Strafen bewegten sich zwischen 1 Woche und 10 Monaten. Der siebente Verhandlungstag (Montag) war noch einmal außerordentlich belastet. Zwei Gruppen von je 27 und eine Gruppe von 23 Angeklagten hatten sich zu verantworten. In diesem Tage handelte es sich um besonders schwere Weindiebstähle. Man hatte eine gewisse Übung darin erlangt, von Weinfässern des Spundblech wegzureißen und dann den Spunden selbst herauszuschlagen, woraus ans Stielwerk 35 gemeldet wurde, daß ein Foh „zapig“ gemeldet wurde. Mit Flaschen, Gießkannen und anderen Gefäßen wurde dann das köstliche Roh aufgefangen und Arbeiter und Angestellte zeigten, daß es eine Art hatte. Nur bei der dritten Gruppe wurden — abends gegen 9 Uhr — die Urteile verkündet, die anderen Urteile wurden dem folgenden Tage vorbehalten.

Um 12 Uhr gestern Mittag und um 5 Uhr nachmittags vernahm die beiden anderen Gruppen ihre besonderen Urteile und dann die Gesamtsitzungen. Der Vorsitzende kennzeichnete aus diesem wieder das unerfreuliche Verhalten von Angeklagten, die wenig Reue zeigten, indem sie der Wahrheit gegenüber ihre früheren Geständnisse widerriefen. Die Weindiebstähle seien bei der Strafmaßnahme schon deshalb schwer in die Waagschale, weil man bei ihnen nicht von der Rot als Liebhaber sprechen könne, daß sie sich auf eine außerordentlich lange Zeit verteilten (sie hatten schon vor der Revolution begonnen), weil durch die verantwortlichen Weingelager, die auf einzelnen Stelwerken statifanden, die Betriebsicherheit in hohem Maße gefährdet wurde und der Schaden ein sehr bedeutender war. Das Urteil hob hervor, daß die Angeklagten fast durchweg Reue zeigten, die sich jahrelang nicht das Geringste aufzubringen konnten. Man verkenne nicht den Druck der Not, der seit Jahren auf unseren Volks laste, aber die Angeklagten hätten sich nicht mit dringenden Bedarfsgegenständen begnügt, sondern auch andere Dinge gestohlen. Hunderte von Flaschen Fett wurden weggenommen. Mit Pralinen wurden die Taschen vollgestopft, Schinken und Speckseiten flogen nur noch aus den Wagen. Durch Rot allein ließen sich diese Diebstähle nicht erklären. Es sei auf die allgemeine Vermehrung und Verhöhnung der Sitten infolge des unglückseligen Krieges hinzuweisen, die mehr als jede andere Gefahr und Rot das deutsche Volk bedrohen.

In Anbetracht der allgemeinen Verhältnisse sei man mit dem Strafmaß gegenüber der Friedenspraxis außerordentlich weit heruntergegangen. Das Urteil weilt den Vorwurf eines Vertriebens gegen die gruppensweise Verteilung des Anlagestoffes zurück und bezeichnet den Vergleich der Strafmaßnahme mit einer Hotelrechnung als lakkos. In der Vorstrafzeit hätte es ansehnliche Zuchthausstrafen geacht. Die Angeklagten sollten sich merken, daß sie bei neuen Diebstählen nicht so billig wegkämen. Einen geradezu erschreckenden Eindruck habe die Ansicht der Angeklagten hervorgerufen, daß das Verfahren gegen sie niedergelassen werden sollte, weil in Masse gestohlen wurde, nicht bloß in Baden, sondern im ganzen Reich. Das Gericht hoffe, daß die Anklagen aus dieser Meinung abgenommen seien und sich durch die Sühne ihres Handlens erleichtert fühlen und die Bahn der Besserung nicht mehr verlassen würden. Ueber die Frage der Bewandlung habe sich das Gericht nicht schlüssig gemacht, dagegen wurde das Gericht bei einer großen Anzahl der Angeklagten, wo es sich um Strofen von Wochen oder nur wenigen Monaten handelte, den Strafausschub auf Wohlverhalten befürwortet. Was die Wiederherstellung in den Dienst anbelange, so habe darüber nicht das Gericht, sondern die Berufsabteilung bei der Generaldirektion zu befinden.

Die reitende überwiegende Anzahl der Angeklagten wurde zu Gefängnisstrafen von einigen Monaten verurteilt. Die höchste Strafe wurde gegen den Kanalarbeiter Friedrich Engelhart ausgesprochen, nämlich eine Gesamtstrafe von 2 Jahren 9 Monaten Gefängnis. 2 Jahre 6 Monate Gefängnis erhielt der Angeklagte Peter Wolf und 1 Jahr 2 Monate der Angeklagte Friedrich Müller.

Aus dem Lande.

× Furtwangen, 30. Juni. Die Vermutung, daß das dem Mannheimer Kunstmalers Eutz und dem Landwirt Heddenbach am Osterfest niedergebrannte Haus infolge Brandstiftung zerstört worden ist, hat sich bestätigt. Ein bei Heddenbach als Anwalt beheimateter Arbeiter namens Emil Burger hat sich als Brandstifter bekannt. Außerdem wurde der Landwirt Heddenbach und sein 19jähriger Sohn unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet.

× Heilbronn bei Rörtach, 28. Juni. Nach langer Unterbrechung wird am 1. Juli auch der Verkehr auf der Strecke Leopoldshöhe-St. Ludwig wieder aufgenommen.

Wetternachrichtendienst.

der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe. Beobachtungen vom Mittwoch, den 30. Juni 1920, 8 Uhr morgens (MEZ). Auf Grund land- und luftmeteorologischer Beobachtungen.

Table with 6 columns: Ort, Luftdruck in NN mm, Temp. in C, Wind, Wolke, Feuchtigkeit in %.

Beobachtungen badischer Wetterstellen (7^U morgens)

Table with 10 columns: Ort, Zeit, Luftdruck in NN mm, Temp. in C, Wind, Wolke, Feuchtigkeit in %, Bemerkungen.

Allgemeine Witterungsübersicht. Ein gestern über Frankreich schwebendes Tiefdruckgebiet hat gestern nachmittag vereinzelt, während der Nacht im ganzen Lande Gewitter und zum Teil sehr starke Regenfälle gebracht. Nach einem sehr heißen Tage sind die Nachmittags- und Abendtemperaturen von 30 Grad in der Ebene und 20 Grad im Hochgebirgsgebiet etwas gesunken und Abkühlung eingetreten.

Voraussetzliches Wetter bis Donnerstag, 1. Juli nachts 12 Uhr: Zeitweilig mäßig und noch geringe Regenfälle, etwas kühler.

Advertisement for 'Grenz-Spende' (Border Contribution) for the 'Allgemeine Volksabstimmung' (General Popular Vote) in the 'Deutsches Schutzbund' (German Protection League). It includes the text 'Grenz-Spende' and 'Allgemeine Volksabstimmung'.



DISCONTO-GESELLSCHAFT BERLIN

ZAHLREICHE ZWEIGNIEDERLASSUNGEN IN DEUTSCHLAND BANKMÄSSIGE GESCHÄFTE ALLER ART

Der Geschäftsbericht für das Jahr 1919 ist erschienen und kann durch unser Archiv und unsere Niederlassungen auf mündliche oder schriftliche Anforderung kostenlos bezogen werden

Kapital und Reserven 450 000 000

Amtliche Bekanntmachungen

Da in den Zeitungen widersprechende Nachrichten erschienen sind, wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen seit dem 25. Juni d. Js. geleisteten Lohn- und Gehaltszahlungen der 10%ige Abzug für die Einkommensteuer gemacht werden muß. Dabei bleibt es sich gleich, für welchen Zeitraum der Lohn oder Gehalt bezahlt wird, ob für die Zeit vor dem 25. Juni oder für spätere Zeit; entscheidend ist lediglich der Tag der Auszahlung. Fällt dieser auf den 25. Juni oder einen späteren Tag, so muß der Abzug gemacht werden, ist die Auszahlung an einem früheren Tage erfolgt, so war kein Abzug zu machen.

Abzugsbetrag sind immer 10 vom 100 des ausbezogenen Betrags, also auch dann, wenn der Lohn oder Gehalt, der am 25. Juni oder später ausbezahlt wird, schon vor dem 25. Juni verdient worden ist. Die Arbeitgeber sind nicht ermächtigt, diesen Abzug ganz oder teilweise zu unterlassen, da sie sich sonst strafbar machen und für den etwaigen Steueranspruch haftbar sind. Obersteinst kann das Finanzamt Ausnahmen von dieser Vorschrift zulassen.

Karlsruhe, den 29. Juni 1920. 7909
Landes-Finanzamt.

Auf der
Friesenheimer Insel
können vom 1. Juli 1920 ab
grüne Erbsen
gepflückt werden
à Pfund 50 Pfennig.
Städt. Gutswirtschaft.

Achtung 10%
billiger, als der
Verbandspreis
setzt **Fensterscheiben**
ein solange Vorrat reicht.
Gontardstr. 5 **Lechner**, R 7, 32
Fernsprecher 6336.

Achtung! Raucher!
Prima Zigarren
aus rein Uebersee-Tabaken hergestellt
zu konkurrenzlosen Preisen
Beachten Sie meine Auslage.
Tina Kalefeld, C1, 15

Der Rosenkavalier

06,2 in seiner Neuaufmachung
Mannheims Weinhaus Tel. 7792

Eröffnung 1. Juli, 7 Uhr abends. * Künstlerkonzert

Die Geburt eines kräftigen
Jungen
zeigen hoch erfreut an
Adolf Dederer
u. Frau Anna geb. Hartmann
Mannheim, den 28. Juni 1920
Frachthofstr. 11

Dach-Reparaturen
aller Art, einschl. Spenglerarbeiten werden
prompt, sachgemäß und billigst ausgeführt
Schnepf & Co. 585
Mannheim, Tel. 7971 Ludwigshafen a. Rh.
Luisenring 25. Wörthstr. 6.

Wir bieten zum Verkauf an:
1 Dampfmaschine
liegend, Einzylinder-Dampfmaschine mit Rider-
Kolbensteuerung, 6 Zim., 120 Umdrehungen, 20 PS.
Normal, 30 PS. Maximalleistung, mit Schwun-
gradtriebwerke 1830 mm D., 500 mm breit, Bau-
jahr 1903/1904. 7870

1 ausziehbaren Röhrenkessel Lokomobil-
kessel
11 Zim., 10 qm Heizfläche, 0,9 qm Rostfläche, mit
Unterwindfeuerungsrichtung, Baujahr 1910.

1 Walzenkessel
liegend, 6 Zim., 32 qm Heizfläche, 1,4 qm Rostfläche,
alles in völlig einwandfreiem Betriebszustande.
Preis auf Anfrage.
Interessenten belieben Angebote einzureichen an
die **Lech-Elektrizitäts-Werke, A.-G.**
Augsburg, Schöglerstraße 1a.

Wir haben uns zur gemeinsamen Aus-
übung der Rechtsanwaltschaft vereinigt
Dr. Reis Dr. Loeb
Rechtsanwälte
Kanzlei M 1, 4b Fernsprecher 862

Von der Reise zurück
Dr. Josef Netter
Facharzt für Magen- und Darmleiden.

Für Wurst und Butter
offertieren wir
weißes Einwickelpapier
25x37 p. Rg. M. 6.90. 7882
Pakuv G. m. b. H., Karlsruhe i. B.
Rohlfstraße 14a. Telefon 6755.

**Wichtig für
Ladeninhaber!**
Wir richten denjenigen Deuten,
welche leere Böden in geeigneter
Lage haben, Zigarrengeschäfte ein.
**Friseur, Kantinen,
Gastwirte und sonstige ge-
eignete Betriebe erhalten von uns
kommissionweise Zigarren, Ziga-
retten und Tabake zu Fabrikpreisen**
Angebote unter J. P. 148 an die
Geschäftsstelle ds. Blattes. 7900

Wunderbare Erfolge. — Hunderte Dankschreiben. —
Chron. Leiden
wie Nervenleiden, ver-
dauungs- u. Bluthre-
nen, Blahung, etc., Zoster,
Neuralgien, etc., etc., etc.,
gen. Herzkrankheiten: Herzerweiterung, Herzhitz, Herzneuralgie, Stoff-
wechselleiden: Gicht, Rheumatismus, Zuckerkrankheit, Leber, Gallen, Milz-
Nieren- u. Blasenkrankheiten, Haut- u. Harnleiden: Hautausschlag, kreis-
förmige Rauhheit, harte Schuppenbildung, trockene u. nasse Flecken, Warte-
leiste, tuberkulöse Geschwüre, Beingeschwüre, Geschlechtskrankheiten,
Frauenkrankheiten, Krampf- u. Krümmungen behandelt mit best. Erfolg die
nur **Es, Lichtheil-Anstalt Königs** nur **Es, 7**
Telephon 4329. Mannheim. Halbesand-
Damenbedieng. d. ärztl. gepr. Walfische. Gedhuet u. 8-12 u. nachm. von
2-8 Uhr, Sonntags u. 9-1 Uhr. Kunst u. Holzgr. u. Kunst.

Vermischtes.

Wo findet Hr. bis zu
Ihrer Entlass. (Gube Ott.)
Unterkunft.
übernimmt vornehmlich
I. Hausarbeit. *8835
Zuschriften u. J. M. 97
an die Geschäftsstelle.

Vertrauensv. Auskunft
I. best. Dame in dieser
Verhalten, betr. Wirt. b.
früh, heb. Zuschrift unter
J. V. 9 an die Geschäftsstelle.

Erfahr. Schneiderin
empfiehlt sich in Koa-
ben- u. Mädchen-
garderobe.
Damenkleider,
Röcke, Blusen,
auch im Weißnähen.
J 1, 19, recht. Aufg. 22.
*8783

Täglich 1 Liter
Ziegenmilch
abzugeben. *8854
Faldt. u. St. 102 an
Wim. Gen.-Anz. Zerst-
stelle Gontardstr. 4

Billige Kleiderschränke
eingetroffen. 630
Möbellager
Reinert Wwe.-T. 1.

**Zum Bügeln von Wäsche
aller Art**
in und außer dem Hause
wird angenommen.
Schwetzingerstr. 12
III St. rechts. *8835

Verloren.
Verloren.
Ein Bleistift
Marke „Eber“ rot-
20 St. Gabelstein. *8840
Gemeinl. 12. Pert.